

Positionspapier: Fair Food Initiative

1. Position IG DHS

Die IG DHS lehnt die Fair Food Initiative der Grünen Partei klar ab.

Für die KonsumentInnen führt die Initiative primär zu höheren Preisen und zu einer kleineren Auswahl.

Für die Wirtschaft schränkt die Initiative die Wirtschaftsfreiheit und den Wettbewerb unnötig ein:

- Die Initiative ist protektionistisch, weil sie neue Handelshemmnisse zur Folge hat.
- Sie beschränkt den Wettbewerb um nachhaltige Sortimentsleistung.
- Aufgrund des Preisanstiegs können sich die Detailhändler weniger gut über tiefe Preise differenzieren.
- Weiter erschwert die Initiative die Differenzierung von Schweizer Qualitätsprodukten und damit der Differenzierung der Schweizer Landwirtschaft und Detailhändler von ihren ausländischen Konkurrenten.
- Die Initiative führt zu bedeutend mehr Kontrollen und Bürokratie. Der Staat müsste sämtliche Lieferketten im Ausland überprüfen und regelmässig sicherstellen, dass die Lieferanten die nötigen Anforderungen erfüllen.

Da die Anforderungen an die inländischen Produkte bereits gesetzlich verankert sind, ist eine zusätzliche Verfassungsgrundlage überflüssig. Aus der Sicht der IG DHS verstossen die Anforderungen an die Importe zudem gegen internationale Handelsabkommen der Schweiz (vor allem mit der EU und der WTO).

Das gutgemeinte Anliegen der Initianten, mit ihrer Initiative auch im Ausland für mehr Ökologie und Tierwohl zu sorgen, dürfte sich kaum erfüllen. Die Importeure haben wenig Interesse daran, ihre ausländischen Lieferanten bei der Umsetzung der höheren Standards zu unterstützen. Denn gelten für alle Importprodukte die gleichen Standards, ist eine Profilierung nicht mehr möglich. Die Lieferantenbeziehung dürfte eher abgebrochen werden, am Tierwohl und an der Ökologie ändert sich nichts.

Grundsätzlich befürworten die Mitglieder der IG DHS eine nachhaltige Beschaffung. Sie setzen sich deshalb auf privatwirtschaftlicher Ebene bereits freiwillig dafür ein. Im direkten Kontakt mit ihren Lieferanten im Ausland können Sie schnell und unbürokratisch für Verbesserungen sorgen. Ein staatlicher Eingriff ist aus ihrer Sicht kontraproduktiv.

Titel	Positionspapier Fair Food Initiative	Dokument	Positionspapier	Erstelldatum	
Autor		Kontakt		Version	2
Freigabe		Freigabe am			

2. Überblick über Initiative

Die Fair Food Initiative der Grünen Partei Schweiz fordert vom Bund gesetzliche Mindeststandards, die das Angebot von qualitativ hochwertigen, umweltschonenden und fair produzierten inländischen Lebensmitteln stärken sollen. Darüber hinaus müssen die importierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse den für die Schweizer Landwirtschaft geltenden Mindeststandards genügen. Zu diesem Zweck soll der Bund unter anderem Einfuhrzölle abstufen, die Vergabe von Zollkontingenten regeln und verbindliche Zielvereinbarungen mit Importeuren und dem Detailhandel abschliessen.

2.1 Fair Food Initiative im Kontext anderer Initiativen zu Ernährungssicherheit

Forderung	SBV	Fair Food	Uniterre
Forderungen an Lebensmittel	Inländische Lebensmittel aus vielfältiger, nachhaltiger, inländischer Produktion.	Inländische und ausländische Lebensmittel aus qualitativ hochwertiger, umweltschonender, fairer Produktion.	Inländische und ausländische Lebensmittel aus sozialer, vielfältiger sowie ökologischer Produktion.
Marktabschottung	Förderung inländische Produktion → schottet Schweizer Wirtschaft langfristig ab.	Hohe Forderungen an Import und Förderung inländische Produkte → Abschottung Schweizer Wirtschaft.	Vorrangig inländische Versorgung und hohe Forderungen an Import → starke Abschottung Schweizer Wirtschaft.
Wettbewerbseinschränkung	<ul style="list-style-type: none"> - Differenzierung nachhaltige Sortimentsleistung/Qualitätsprodukte schwieriger. - Langfristig Abschottung → Differenzierung zu ausl. Produkten schwieriger. - Schwacher Preisanstieg → Differenzierung über Preise eingeschränkt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Differenzierung nachhaltige Sortimentsleistung/Qualitätsprodukte schwierig. - Abschottung → Differenzierung zu ausl. Produkten schwierig. - Preisanstieg → Differenzierung über Preise schwierig. 	<ul style="list-style-type: none"> - Differenzierung Nachhaltige Sortimentsleistung/Qualitätsprodukte fast unmöglich. - Beinahe vollständige Abschottung → praktisch keine Differenzierung mehr zu ausl. Konkurrenten möglich. - Hoher Preisanstieg → Differenzierung über Preise sehr schwierig.

2.2 Initiativtext

Art. 104a (neu) Lebensmittel

1. Der Bund stärkt das Angebot von qualitativ hochstehenden und sicheren Lebensmitteln, die umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Er legt entsprechende Anforderungen für Produktion und Verarbeitung fest und erhöht diese laufend.
2. Der Bund stellt sicher, dass eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse grundsätzlich mindestens den für die Schweizer Landwirtschaft geltenden Anforderungen gemäss Absatz 1 genügen und begünstigt Produkte aus fairem Handel und bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Betrieben. Für Lebensmittel sowie Futtermittel strebt er diese Ziele an.
3. Der Bund sorgt für eine laufende Reduktion der negativen Auswirkungen des Transports von Lebens- und Futtermitteln auf Umwelt und Klima.
4. Zu diesen Zwecken hat der Bund insbesondere folgende Befugnisse und Aufgaben:
 - a. Er erlässt Vorschriften zur Zulassung von Produkten sowie zur Deklaration der Produktions- und Verarbeitungsweise;
 - b. Er kann Einfuhrzölle abstufen und die Vergabe von Zollkontingenten regeln;
 - c. Er kann verbindliche Zielvereinbarungen mit Importeuren und Detailhandel abschliessen;
 - d. Er fördert die Vermarktung und Verarbeitung regionaler Produkte.
5. Der Bund legt mittel- und langfristige Ziele fest und erstattet regelmässig Bericht über den Stand der Zielerreichung. Werden diese Ziele nicht erreicht, ergreift er zusätzliche Massnahmen oder verstärkt die bestehenden.

3. Wirtschaftspolitische Wertung

Wirtschaftspolitische Wertung der Konsequenzen bei Annahme Initiative:

3.1 Detailhandel

- Die Initiative führt zu höheren Preisen, da importierte und Schweizer Produkte hohen Anforderungen an Produktion, Verarbeitung, Handel und Deklaration genügen müssen. Eine Abnahme der Importe führt zu weniger Wettbewerb in der Schweiz. Bei importierten Produkten fallen zusätzlich Zollkosten an.
- Der Einkaufstourismus wird gefördert, da bei Privatimporten die Importrestriktionen der Fair-Food-Initiative aus praktischen Gründen wahrscheinlich nicht angewandt werden. Der Zoll wäre überfordert, wenn beispielsweise privat importiertes Fleisch separat kontrolliert werden müsste.
- Die Initiative ist ein starker Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit und damit in folgenden Wettbewerb:
 - Differenzierung über nachhaltige Sortimentsleistung.
 - Differenzierung über Schweizer Qualitätsprodukte (u.a. ggü. ausländischen Konkurrenten).
 - Differenzierung über Preise (wegen Preisanstieg)
- Die Möglichkeit für Produktedeklarationen ist bereits im Landwirtschaftsgesetz gegeben → eine zusätzliche Verankerung in der Verfassung ist unnötig.
- Verbote in der Verfassung beispielweise für gentechnisch veränderte Lebensmittel sind nicht verhältnismässig. Die Schweiz sollte langfristige, nachhaltige Strategien entwickeln. Aktuell arbeitet der Bund beispielsweise eine Pflanzenzüchtungs-Strategie und eine Antibiotikaresistenzen-Strategie aus.
- Die Initiative hat eine geringe Glaubwürdigkeit, da nur der Detailhandel und Importeure explizit angesprochen werden.

3.2 KonsumentInnen

- Es besteht eine grosse Nachfrage nach fairen, nachhaltigen Lebensmitteln.
- Mit der Initiative bevormundet der Staat aber KonsumentInnen und Detailhändler in ihrer Wahlfreiheit, da das Lebensmittelangebot gesteuert wird.

3.3 Produzenten

- Ausländische und inländische Produzenten, die den Mindestanforderungen nicht genügen können/wollen, fallen in der Schweiz weg. Dies führt zu einer Reduktion der Sortimentsvielfalt und zu einer Verknappung der Lebensmittel¹. Diese ausländischen Produzenten verändern nichts an ihrer Produktion, womit sich das Grundanliegen der Initianten – nämlich eine faire Produktion im Ausland – nicht erfüllt.
- Die Schweizer Bauern profitieren, da die Konkurrenz durch billige Importprodukte geringer fällt oder diese teurer werden.

¹ Der Brutto-Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln in der Schweiz lag 2013 bei rund 57.7%. Der Netto-Selbstversorgungsgrad lag 2013 bei 50.2%. Der Nettowert berücksichtigt den Import von Kraftfutter. Der Einsatz von Kraftfutter ist in der Tierernährung der Schweiz stark angestiegen, da in den letzten 40 Jahren die Züchtung von Hochleistungskühen zugenommen hat und die Schweizer Bauern die tiefen Weltmarktpreise für Kraftfutter nutzen. Die Hälfte des in der Schweiz verfütterten Kraftfutters wird importiert. Zum genannten Nettowert muss noch der Schweizer Import von Treibstoffen, Pestiziden, Düngern und Traktoren etc. gezählt werden. Aus diesem Grund ist der Nettowert nicht viel aussagekräftiger als der Bruttowert. Wenn noch mehr Nahrungsmittel in der Schweiz produziert werden, muss die Schweiz noch mehr Kraftfutter, Pestizide und Diesel importieren, was die Abhängigkeit gegenüber dem Ausland und den Agrarkonzernen erhöhen würde.

- Kleine Betriebe können Nachweise und Zertifizierungen schlechter erbringen als grosse.

3.4 Aussenwirtschaft

- Die Produkte werden teurer und die Sortimentsvielfalt kleiner. Dadurch könnten die Auslandseinkäufe weiter steigen.
 - Hohe Anforderungen an Importprodukte schotten den Schweizer Markt ab. Dies schadet den Geschäftspartnerschaften im In- und Ausland entlang der Wertschöpfungskette und macht die Schweiz bei Handelspartnern im Ausland unbeliebt.
 - Die Initiative schadet den Partnerschaften im Inland entlang Wertschöpfungskette.
 - Wahrscheinlich ist die Initiative WTO widrig. Obwohl die WTO kein grosses Gewicht mehr hat, handelt es sich um einen Verstoß von WTO Recht: Ein Mitgliedstaat der WTO darf den Import von substantiell gleichartigen Produkten nicht erschweren. Zollabstufungen und Bindungen von Zollkontingenten an Qualitätskriterien sind klar WTO-widrig. Dieser Meinung war auch der ehemalige Schweizer Chef-Unterhändler der WTO, Luzius Wasescha: „Die Initiative behandelt nicht alle Importprodukte gleich. Das führt zu einer Diskriminierung, die die WTO nicht akzeptieren wird. Wenn ein Handelspartner an die WTO gelangt, kann die Schweiz die eingeführten Restriktionen wieder aufheben. Weigert sie sich, wird sie von der WTO dazu gezwungen, dem Handelspartner Konzessionen zuzugestehen.“²
 - Besonders nach Annahme Masseneinwanderungsinitiative sind zusätzliche hohe Forderungen an den Import für das Verhältnis Schweiz-EU schädigend. Die Initiative steht im Widerspruch zu bilateralen Abkommen mit der EU³.
- Forderungen an Import verstossen gegen Cassis-de-Dijon Prinzip.

² „Grüne auf Kollisionskurs mit der WTO“, Tagesanzeiger, 29.06.2014

³ Freihandelsabkommen von 1972 und bilaterale Landwirtschaftsabkommen mit EU.